

Seite: 11
 Ressort: Wirtschaft
 Seitentitel: Wirtschaft
 Gattung: Tageszeitung
 Nummer: 120
 Auflage: 457.212 (gedruckt) 362.460 (verkauft)
 381.717 (verbreitet)
 Reichweite: 0,99 (in Mio.)

Weniger Förderinstrumente für Arbeitslose

Arbeitsministerin von der Leyen plant eine Reform / Opposition: Kahlschlag

enn. BERLIN, 23. Mai. Über die Wirksamkeit der teuren Förderung für Arbeitslose wird gestritten, seit es sie gibt. Aus- und Weiterbildung, Eingliederungs- oder Gründerzuschüsse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Bürgerarbeit als Jobersatz: Die Vielfalt der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist unüberschaubar. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wagt sich jetzt abermals an eine Reform des "Instrumentenkastens" der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Wieder einmal hat sich damit eine Regierung vorgenommen, nutzlose oder gar schädliche Instrumente zu eliminieren.

Die letzte Reform unter Schwarz-Rot liegt dabei noch nicht einmal drei Jahre zurück. Von der Leyen will die Zahl der derzeit 42 Maßnahmen um etwa ein Drittel verringern und dadurch Effizienz gewinnen. Die örtlichen Vermittler sollen mehr Entscheidungsspielraum bekommen. An diesem Mittwoch kommt der Gesetzentwurf ins Kabinett, in Kraft treten soll er dann erst im April 2012.

Wenn es nach der Arbeitsministerin geht, soll die Reform noch einen wichtigen Nebeneffekt haben: Milliardenersparungen bei der Bundesagentur für Arbeit. Denn Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat ihr strenge Vorgaben gemacht: Bis 2015 sollen 7,5 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden - rund 1,6 Milliarden jedes Jahr, das ist etwa ein Zehntel der derzeitigen Ausgaben für die Eingliederung Arbeitsloser. Schon im laufenden Jahr hat der Bund die Förderung unter Hinweis auf die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt spürbar gekürzt. Opposition und Gewerkschaften kritisieren schon einen "Kahlschlag", der besonders zu Lasten der Langzeitarbeitslosen gehe, die vom

Aufschwung weniger profitieren, als jene, die gerade erst ihre Stelle verloren haben. Kritik musste Leyen auch schon einstecken für ihre Ankündigung, im Zuge der Reform am Gründungszuschuss zu sparen. Bisher hat ein arbeitsloser Existenzgründer darauf unter bestimmten Bedingungen einen Anspruch, künftig soll dies im Ermessen des Vermittlers liegen.

Bisher war der Zuschuss bei den "Kunden" beliebt: Die BA gab dafür 2010 rund 1,8 Milliarden Euro aus. Nächstes Jahr soll er nur noch rund ein Viertel dieser Summe kosten. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) urteilt jedoch in einer neuen Untersuchung über die Wirksamkeit der Instrumente positiv über die Zuschüsse für Arbeitslose, die sich selbstständig machen. "Knapp fünf Jahre nach Gründung sind immer noch 55 bis 70 Prozent der Geförderten in Vollzeit oder Teilzeit selbstständig tätig." Zudem gingen weitere 20 Prozent einem sozialversicherungspflichtigen Erwerb nach.

Insgesamt stellt das IAB fest, die meisten Instrumente wie Weiterbildung oder die umstrittenen Ein-Euro-Jobs seien nicht überflüssig. Das Institut rät dennoch dazu, mehr darauf zu achten, ob die ausgewählten Maßnahmen auch zum konkreten Arbeitslosen passen. "Verbesserungspotential besteht vor allem bei der Zielgenauigkeit der Teilnehmerauswahl", heißt es. Unerwünschte Nebenwirkungen seien möglich: "Wenn Betriebe gefördertes Personal beschäftigen, ist nicht auszuschließen, dass sie diese Personen auch ohne die Förderung eingestellt hätten oder dass sie andere entlassen." So seien bei den betriebsnahen Maßnahmen wie dem Eingliederungszuschuss oder dem betrieblichen Training die Eingliede-

rungschancen zwar am stärksten erhöht, das Risiko von Mitnahmeeffekten sei aber groß. Ein "ideales Instrument" existiere insofern nicht. Ein betriebliches Training für Arbeitsuchende wirke aber deutlich positiver als schulische Trainingsmaßnahmen. Zu Bewerbungstrainings für Hartz-IV-Empfänger heißt es: "Keine statistisch gesicherten Wirkungen nachweisbar".

Verzichten will das IAB auf wettbewerbsverzerrende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), deren Bedeutung aber ohnehin geschwunden ist. Ein-Euro-Jobs würden zu undifferenziert eingesetzt. Eher negativ fällt auch das Urteil über private Arbeitsvermittler aus. Ihr Einsatz verbessere die Beschäftigungschancen kaum. Allenfalls für schwer Vermittelbare, wie ostdeutsche Geringqualifizierte oder männliche Einwanderer, stiegen sie leicht. Das sehen viele Wirtschaftsverbände anders: Sie wollen an Vermittlungsgutscheinen, die Arbeitslose auch bei privaten Vermittlern einlösen können, und am Wettbewerb in der Arbeitsvermittlung festhalten.

Das IAB fordert, die Detailregeln zu verringern und stattdessen den Vermittlern mehr Spielraum zu geben. Die Forscher warnen aber: "Je größer der Ermessensspielraum ist, desto höhere Qualifikation braucht es für den sachgerechten Umgang." Auch der Bundesrechnungshof äußert Zweifel an dem Vorhaben. Die fachlichen und rechtlichen Kompetenzen der Mitarbeiter in den Jobcentern reichten dafür nicht aus, heißt es in einer Stellungnahme zu den Plänen. Die Bundesagentur für Arbeit müsse ihnen Schulungen, Arbeitshilfen, Hospitationen und Weisungen anbieten.

Abbildung: Ministerin Ursula von der Leyen wagt einen neuen Anlauf, den arbeitspolitischen Werkzeugkasten zu sortieren.
Abbildung: Foto dapd
Wörter: 636